

Landwirte fühlen sich überfahren

Die Ortsbauernschaft Wesel forderte auf ihrer Winterversammlung von der städtischen Politik in Sachen Gülle Gespräche auf Augenhöhe

Von Alexander Florié-Albrecht

Wesel. Vor den diversen Vorträgen zum Agrarsozialrecht, der Rechtslage bei Stalleinbrüchen, der neuen Düngeverordnung und der regionalen Qualität des Grundwassers

„Wir wollen ein bisschen summenden Niederrhein machen.“

Wilhelm Neu, Vorsitzender der Kreisbauernschaft.

nahm der Ortsbauernvorsitzende Martin Gimken vor den gut dreißig Landwirten in der Gaststätte „Scheper“ Stellung zu dem Thema der letzten Wochen: Gülle.

„Im letzten Jahr ist man so von hinten überrollt worden. Da rollte einfach der Zug los“, bezog er sich dabei auf den Beschluss des Weseler Rates, nachdem auf städti-

schen Grün- und Ackerflächen in der Aue keine Gülle mehr gefahren und auf anderen Flächen die Düngung reduziert werden soll. „Dann ist auch keine Biolandwirtschaft mehr möglich, das sollten Sie den Politikern mit auf den Weg geben“, wandte er sich unmittelbar an die anwesende Weseler Bürgermeisterin Ulrike Westkamp. Gülle sei ein wichtiger Naturdünger – er skizzierte das Szenario eines aus China angekauften Kunstdüngers. Am meisten habe ihn eines gestört: „Die Politik hat es nicht nötig, mit uns zu reden und entscheidet über unsere Köpfe.“

Für die komplizierten Zusammenhänge reichten da fünf Minuten Rederecht in einem Ausschuss nicht aus. Da müsse es „eine Kehrtwende“ und „elegante Lösungen“ im Dialog geben, fordert Gimken. Was 2017 abgelaufen sei, habe auch im Wahlkampf „kein Hand und Fuß“ gehabt und sei „pure Polemik“ gewesen. „Das brannte mir auf der Seele“, machte er sich

deutlich Luft. Bei allen Problemen, die die Politik vor Ort mit der Landwirtschaft habe: „Sprecht doch erst mit uns - und man kann mit uns reden, da kann was rauskommen“, unterstützte Kreisbauernvorsitzenden Wilhelm Neu Gimken.

Bei der Düngeverordnung brauche man mit der Umsetzung „Zeit und nochmals Zeit, sonst gibt es einen Strukturwandel ohnegleichen in der Landwirtschaft“. Da müsse man gemeinsam die Kräfte bündeln, damit nichts anbrennt.

Blühstreifen anlegen

In Sachen Bienen- und Insektensterben kündigte Neu an: „Wir wollen demnächst mehr Blühstreifen als Kompensationsmaßnahmen anlegen.“ Dazu führe man mit der „Stiftung rheinische Kulturlandschaft“ und der unteren Landschaftsbehörde des Kreises Gespräche. „Wir wollen ein bisschen summenden Niederrhein machen“, die genutzten Flächen sollten aber Prämienflächen bleiben.

Neu sprach sich für flächensparenden, technischen Hochwasserschutz aus, drückte seine positiven Erwartungen an die neue NRW-Landwirtschaftsministerin aus, wo man „jetzt wieder Gehör“ finde. Er bewertete die Ansätze im Koalitionsvertrag zur geplanten Novellierung des Bodenrechtes positiv und kritisierte die vorgesehenen EU-Kürzungen zur Förderung der Landwirte und ländlichen Region.

Bürgermeisterin Ulrike Westkamp reagierte entspannt auf die Kritik der Ortsbauernschaft. „Sie sind ja in den Wirtschaftsförderungsausschuss gekommen. Und Sie sind weiter eingeladen, mit der Politik zu diskutieren“, nahm sie Gimkens Angebot an, sich ein- oder mehrmals im Jahr zusammenzusetzen. Zur Pflege des Deiches werde es nach den Gesprächen mit Deichschau und Bezirksregierung eine Unterhaltungsdüngung geben. Wenn in der Aue Gülleverbot gelte, werde sich das auch in der Pacht niederschlagen.